

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Gemeinderats der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 23. Juli 2015

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender Bürgermeister Dr. Michael Wilke
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg, Bernnat, Böhringer, Claassen, Cyperrek, Denzer, Di Prima, Escher, Glattacker, Gula, Herzog, Höfler, Krämer, Kurfeß, Lindemer, Lusche, Martin, Perinelli, Pichlhöfer, Roßkopf, Salinas de Huber, Schlecht, Simon, Vogel, Dr. Vogelpohl, Wernthaler, Wiesiollek
Entschuldigt:	Heuer, Jaenisch, Kiefer, Krauel, Salach
Ferner:	Fachbereichsleiterin Baldus-Spinger Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Dr. Held (18.35 bis 19.10 Uhr) Fachbereichsleiterin Rebmann-Schmelzer Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Frick (bis 19.30 Uhr) Komm. Fachbereichsleiter Haasis Frau Williams, Leiterin des Büros des Vorstands Betriebsleiter Droll (bis 20.50 Uhr) Herr Färber (bis 20.05 Uhr) Herr Lüers Herr Rulf (bis 19.20 Uhr)
Urkundspersonen:	Stadträtin Krämer und Stadtrat Bernnat
Schriftführung:	Frau Heinze und Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.55 Uhr

TOP 1

Tag der Demokratie am 21. September, mündl. Bericht;

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und verdeutlicht, dass das Ausrufen der Republik, am 21. September 1848, in Lörrach eine Besonderheit darstelle.

Fachbereichsleiter Frick berichtet, dass in diesem Jahr die erste Auflage des Tags der Demokratie stattfinden werde und hiernach über die Fortsetzung bzw. den Ausbau der Veranstaltung entschieden werden solle. Anhand einer Präsentation stellt er den Veranstaltungsablauf, das Marketingkonzept sowie die Unterstützer und Partner des Projekts vor (Anlage 1).

Auf Nachfrage von Stadträtin Höfler teilt Fachbereichsleiter Frick mit, dass lediglich die historischen Persönlichkeiten an dem Tag im Kostüm auftreten werden. Stadträtin Höfler merkt an, dass auch die Verkleidung der damaligen Oberbürgermeisterin zur Feier des Marktjubiläums gut angekommen sei.

Stadtrat Bernnat verweist auf die überregionale Bedeutung des historischen Ereignisses und sieht hierin ein Alleinstellungsmerkmal für Lörrach.

Stadtrat Lindemer gibt das Verbot diverser Veranstaltungen auf dem Marktplatz zu bedenken und fragt, wie die Stadt nun die eigene Veranstaltung rechtfertige. Bürgermeister Dr. Wilke erklärt, dass sich die Begrenzung auf laute Veranstaltungen am Abend in der Innenstadt beziehe.

Stadtrat Wernthaler unterstreicht die Bedeutung des Ereignisses, welches gefeiert werden sollte. Bedauerlich findet er jedoch, dass keine Lörracher Schule nach einem der Revolutionäre benannt sei. Auch sieht er in der Mitgliedschaft der Straße der Demokratie noch mehr Potential.

Fachbereichsleiter Frick berichtet, dass der Mitgliedschaft nicht in allen beteiligten Kommunen die gleiche Bedeutung beigemessen werde und sich daher Verhandlungen schwierig gestalten. Der Tag der Demokratie solle als Auftakt und Anstoß verstanden werden.

TOP 2

Stadtbusgutachten; Erste Umsetzungsmaßnahmen

Vorlage: 108/2015

Der Vorsitzende führt zunächst in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt sodann, dass der öffentliche Personennahverkehr die Hauptschlagader darstelle. Der Stadtbusverkehr in Lörrach sei relativ effizient, könne aber noch weiter optimiert werden. Dies sei sehr wichtig für die Stadt.

Herr Schürmann von der Firma PTV-Group stellt sodann anhand einer Präsentation das Gutachten der Firma zu Maßnahmen der Optimierung des Stadtbusverkehrs in Lörrach vor (Anlage 2). Hierdurch wolle er aufzeigen, welche Maßnahmen kurzfristig umsetzbar seien.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

Stadtrat Glattacker dankt Eigenbetriebsleiter Droll sowie Herrn Lüers vom Eigenbetrieb Stadtwerke für die Ausarbeitung der Vorlage. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen. Er bittet trotzdem darum, einzelne Posten auf unnötige Fahrten zu überprüfen. Er weist auf die Notwendigkeit straßenbaulicher Anpassungen, beispielsweise die Errichtung von Haltebuchten für Busse, hin. Die Stadt Freiburg habe bereits schlechte Erfahrungen mit anhaltenden Bussen gemacht, hinter denen sich lange Rückstaus bilden können. Überdies wünsche er sich eine Busanbindung an Basel.

Stadträtin Cyperrek freut sich darüber, dass nun konkrete Maßnahmen vorliegen. Ein Drittel des jährlichen Kohlenstoffdioxidausstoßes in Lörrach werde durch den Verkehr verursacht. Der ÖPNV habe im Modal Split der Stadt nur einen Anteil von 8 Prozent. Hier bestehe noch Luft nach oben. Verbesserungen beim Anrufsammeltaxi seien sinnvoll. Dieses müsse umstrukturiert und benutzerfreundlicher werden. Die Fraktion der SPD wolle der Vorlage so zustimmen. Prioritär wünsche man sich eine Optimierung der Anbindung des Ortsteils Haagen an die Innenstadt. Das ÖPNV-Defizit in Haagen müsse ausgeglichen werden. Die Buslinien ins Umland Lörrachs, insbesondere den grenzüberschreitenden Busverkehr, müsse man gemeinsam mit den anderen betroffenen Gemeinden optimieren. Hinsichtlich der Anbindung der Dualen Hochschule müsse man die Taktung der Linie überprüfen. Überdies müsse ein Fahrgastinformationssystem eingerichtet und die Busbeschleunigung verbessert werden. Die Fraktion der SPD wünsche sich eine Anpassung der Tarifstruktur, die Einführung von Kurzstreckentarifen sowie mehr Möglichkeiten zur Fahrradmitnahme. In der weiteren Diskussion wünsche man sich zudem eine enge Einbeziehung der Ortschaftsräte, des Hauptausschusses und der Bürger. Die Verwaltung müsse frühzeitig informieren und für Transparenz sorgen.

Stadträtin Herzog erklärt, dass sie die Vorlage positiv bewerte. Die Anbindung des Gebiets Bühl werde verbessert. Sie frage sich aber, warum die Gustav-Winckler-Straße umfahren werde. Sie interessiere außerdem, ob das Schulbusangebot erweitert werde. Sie schlägt die Einrichtung einer Busverbindung Basel - Riehen - Lörrach vor. Zudem regt sie die Einführung eines elektronischen Handy-Tickets und eines elektronischen Fahrgastinformationssystems an. Das Anrufsammeltaxi halte sie für fragwürdig.

Stadtrat Berg gibt an, dass auch die Anbindung Tüllingens an Stetten-Süd optimiert werden müsse, da viele Kinder aus Tüllingen hier zur Schule gehen würden. Es könne nicht immer alles vollkommen optimiert werden. Wichtig sei, dass die Fahrer der Busse und Anrufsammeltaxis ihre Strecken kennen. Der ZOB als zentraler Bahnhof, von dem Radiallinien ausgehen, müsse hinterfragt werden. Es sei weiterhin wichtig, dass grenzüberschreitende Buslinien ausgebaut werden.

Stadtrat Schlecht sagt, dass man nun in eine Phase tiefgreifender Verbesserungen für das Lörracher Stadtbussystem einsteige. Die SWEG sei hierbei ein guter und verlässlicher Partner. Als Ortsvorsteher sehe er den Entwicklungen mit Freude entgegen. Er hoffe auch auf Verbesserungen für die Ortsteile. Er sei insgesamt froh, dass das Thema nun auf der Agenda stehe. Es müsse bei den Haushaltsberatungen gegen Jahresende auf jeden Fall aufgegriffen werden.

Stadtrat Claassen sei irritiert über die Aussage des Wochenblatts, dass die Einführung eines Kurzstreckentarifs aus finanziellen Gründen kein Thema mehr sei und bittet um Erklärung.

Stadtrat Perinelli freue sich über die Entwicklungen. Eine Busverbindung Basel-Lörrach würde er sehr begrüßen. Er frage sich jedoch, warum so viele Busse durch die Basler Straße und die Herrenstraße fahren würden, anstatt diese zu umfahren.

Stadtrat Pichlhöfer wolle wissen, ob auf der Linie in Richtung Salzert im Winter größere Busse eingesetzt werden können, da diese sonst aus allen Nähten platzen.

Der Vorsitzende führt aus, dass man nun zunächst in einen Verhandlungsprozess mit der SWEG einsteige. Man dürfe nicht gleich zu Beginn den Rahmen sprengen.

Betriebsleiter Droll gibt an, dass er alle Anregungen mitnehmen und sich für eine Umsetzung der Maßnahmen in diesem Sinne einsetzen wolle.

Bürgermeister Dr. Wilke gibt an, dass man hinsichtlich des Anrufsammeltaxis in Gespräche mit den Betreibern einsteigen wolle. Das Anrufsammeltaxi müsse weiter diskutiert werden. Ergebnisse hierzu wolle die Verwaltung im Herbst vorlegen. Man plane insgesamt 280.000,00 Euro für die Maßnahmen bereitzustellen. In einzelnen Fragen könne man zu einem späteren Zeitpunkt noch nachjustieren. Momentan führe man auch Gespräche mit dem RVL, insbesondere bezüglich der Einführung eines Kurzstreckentarifs, eines Citytarifs und eines Sozialtarifs. Die Fahrgastzahlen seien vom Landratsamt erhoben worden. Diese sollen in die Diskussionen im Herbst eingebracht werden. Der Stadtbus koste insgesamt rund 1,4 Millionen Euro. Ein großer Teil der Summe werde über Fahrgastbeiträge finanziert. Der städtische Zuschussbedarf belaufe sich auf rund 220.000,00 Euro. Mit einem neuen Angebot wolle man mehr Fahrgäste mobilisieren, um so auch höhere Einnahmen zu erzielen.

Stadtrat Vogel hält die Entwicklungen für positiv.

Der Vorsitzende merkt an, dass Tarifaspekte nicht von der Stadt sondern vom RVL festgelegt würden. Weitere Antworten werde es bei den Diskussionen im Herbst geben.

Stadtrat Claassen wirft ein, dass man dem RVL als Stadt eine seriöse Entscheidungsgrundlage bieten müsse.

Der Vorsitzende bedankt sich für die Diskussion.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Vorlage wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die Stadtwerke / die Verwaltung werden beauftragt, mit der SWEG und dem Betreiber des Anruf-Sammel-Taxi (AST) über die vorgeschlagenen Ergänzungen des Stadtbus- und AST-Angebots zu verhandeln.
3. Die Stadtwerke werden beauftragt, die Kosten für die vorgeschlagenen Ergänzungen des Stadtbus- und AST-Angebots für den Wirtschaftsplan 2016 anzumelden.

TOP 3

Mobilitätsdrehzscheibe „Am Zoll Lörrach/Riehen“

Auslobung eines interdisziplinären Wettbewerbs / Mehrfachbeauftragung

Planungsvereinbarung mit der Gemeinde Riehen und dem Kanton Basel Stadt

Vorlage: 092/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Glattacker betont, dass die Mobilitätsdrehzscheibe einen Vorteil für die Fahrgäste darstelle. Allerdings sei fraglich, ob sich die Akzeptanz des ÖPNV steigern lasse, da die Fahrgäste nun umsteigen müssten. Die Basler Verkehrsbetriebe (BVB) müssten Fahrkartenautomaten aufstellen. Man müsse das Gespräch mit den Basler Verkehrsbetrieben suchen. Aber man müsse auch Abschlüsse hinnehmen können. Am besten wäre eine Anbindung Lörrachs ans Basler Tram-Netz. Hierzu müsse eine Machbarkeitsstudie erstellt werden.

Stadtrat Bernnat freue sich über dieses große, grenzüberschreitende Projekt. Man dürfe aber nicht zu weit gehen. Umsteigen dürfe im ÖPNV kein Hindernis sein, müsse aber bequem gestaltet werden. Das Umsteigen müsse vor allem attraktiv sein. Eine Machbarkeitsstudie sei immer gut, man müsse aber erstmal umsetzen, was überhaupt machbar ist.

Stadtrat Pichlhöfer wundere sich über Unklarheiten bei den Fraktionen der CDU und der SPD hinsichtlich der Erweiterung der Basler Buslinie 34. Eine bessere Taktung der Buslinien sei dringend notwendig. Es müssten zudem elektronische Anzeigetafeln an den Haltestellen angebracht werden. Sinnvoll wäre auch ein Zubringerdienst zur Mobilitätsdrehzscheibe. Er hoffe, dass auch Pendler aus dem Wiesental in den Planungen berücksichtigt worden seien.

Stadtrat Wernthaler bedankt sich für die Vorlage. Es handle sich hier um ein großes grenzüberschreitendes Projekt. Es freue ihn, dass es kein Patchwork-Denken, sondern ein schlüssiges Konzept gebe. Er bittet darum, in den weiteren Planungen die IG Velo (Lörrach) sowie Pro Velo (Basel) einzubeziehen, da das Fahrrad in dem Konzept von zent-

raler Bedeutung sei. Es sei gut, dass die Bevölkerung bei dem Projekt mitgenommen werde.

Stadträtin Gula merkt an, dass der ÖPNV in Lörrach nicht der Schlechteste sei. Man dürfe auch nicht immer alles schlecht reden.

Der Vorsitzende erklärt, dass man sich einer Verlängerung der Buslinie 34 annehmen wolle, dass hier aber auch konzessionsrechtliche Aspekte eine Rolle spielen würden. Es könne auch Probleme hinsichtlich der Kompatibilität des deutschen und schweizerischen Systems geben, die man erst ausräumen müsse. Hier seien eventuell Anpassungen notwendig.

Stadtrat Escher bittet darum, in die weiteren Planungen den ADAC Südbaden, als allgemeinen Vertreter der motorisierten Verkehrsteilnehmer, einzubeziehen. Er bittet um Neutralität bei der Einbeziehung verschiedener Verkehrsarten.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Planung einer Mobilitätsdrehzscheibe „Am Zoll Lörrach/Riehen“ weiterzuführen und gemeinsam mit der Gemeinde Riehen und dem Kanton Basel Stadt einen interdisziplinären Wettbewerb / Mehrfachbeauftragung auszuloben.
2. Der mit der Gemeinde Riehen und dem Kanton Basel-Stadt angestrebten Planungsvereinbarung in Anlage 3 der Vorlage wird zugestimmt.
3. Für die Mehrfachbeauftragung stehen im Haushaltsjahr 2015 keine Finanzmittel zur Verfügung. Die außerplanmäßige Ausgabe von bis zu 60.000 € wird aus Restmitteln für den Flächennutzungsplan aus dem Jahr 2014 finanziert.

TOP 4

Mitgliedschaft im Zweckverband Breitbandversorgung im Landkreis Lörrach

Vorlage: 103/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Er betont die große Wichtigkeit von Datenautobahnen und die Bedeutung von Solidarität der großen Städte zu den kleineren Kommunen im Kreis. Er begrüßt Herrn Kempf vom Landratsamt Lörrach.

Herr Kempf stellt sodann die Planungen zur Gründung eines Zweckverbands Breitbandversorgung im Landkreis Lörrach vor. Er legt dar, warum es für die Stadt Lörrach gute Gründe gebe, sich an einem Zweckverband wie diesem zu beteiligen. Man dürfe sich als Kommune nicht zurücklehnen, sondern müsse mithelfen, die Anbindung an den Markt voranzutreiben. Sonst bestehe die Gefahr, dass sich unterversorgte Hot Spots im Bereich einer Kommune bilden. Durch eine Mitgliedschaft im Zweckverband mache man sich selbst zum handelnden Akteur. Ein Interessenausgleich zwischen dem ländlichen und

dem urbanen Raum sei auch über finanzielle Aspekte in der Satzung des Zweckverbands verankert. So gebe es ein und den gleichen Mitgliedsbeitrag für alle teilnehmenden Kommunen. Dem Zweckverband seien bereits 32 von 36 Kommunen im Landkreis beigetreten. Den größten Handlungsbedarf gebe es zunächst in den kleineren Kommunen, dann in den größeren. Von größter Bedeutung sei zunächst die Errichtung des Backbone-Netzes. Hiervon würden die meisten teilnehmenden Kommunen im Zweckverband profitieren.

Der Vorsitzende legt dar, dass eine Mitgliedschaft im Zweckverband Breitbandversorgung eine überschaubare finanzielle Mehrbelastung für die Stadt darstelle.

Stadtrat Lusche wolle wissen, warum im Satzungsentwurf oftmals der Begriff „derzeit“ verwendet werde und ob Teile der Satzung noch revidiert werden sollen.

Herr Kempf erklärt, dass der Bundestag derzeit über die neue Mehrwertsteuersystemrichtlinie berate. Momentan gebe es teilweise noch unterschiedliche Auffassungen der Finanzämter und eine daraus resultierende Rechtsunsicherheit. Man befinde sich nun an einem point of no return. Eine Umlage der teilnehmenden Kommunen an den Zweckverband könne unter Umständen umsatzsteuerpflichtig werden. Deshalb gehe man einen anderen Weg, weshalb die teilnehmenden Kommunen einen Kapitaleinsatz tätigen, indem sie gemeinsam das Stammkapital des Zweckverbands bilden. Zudem werde ein Gründungszuschuss ausbezahlt. Eventuell werde eine Satzungsänderung hinfällig. Man halte sich eine Satzungsänderung als zusätzliche Handlungsoption bei der Verabschiedung der Bundestagsrichtlinie zu Umsatzsteuerbeziehungen zwischen Körperschaften des öffentlichen Rechts offen.

Stadtrat Dr. Vogelpohl gibt an, dass die Gründung des Zweckverbands die zweitbeste Lösung darstelle. Ein unternehmerisches Engagement sei ihm lieber gewesen. Er hoffe auf ein gutes und qualitatives Angebot für die Bürger.

Stadtrat Simon signalisiert die Zustimmung der Fraktion der SPD. Es sei sehr wichtig, dass auch Gewerbe- und Industriegebiete an das Netz angeschlossen werden.

Stadtrat Denzer hält die Gründung eines Zweckverbands grundsätzlich für eine sehr gute Idee. Er wolle jedoch wissen, was das Backbone-Netz nütze. Dieses sei unrentabel und man habe die Planungen an dieser Stelle nicht zu Ende gedacht. Es brauche astreines ftth.

Stadträtin Wiesiollek signalisiert die Zustimmung der Fraktion der Grünen.

Herr Kempf erläutert, dass es bisher noch keine vergleichbaren Netze wie dieses gebe. Es gebe aber bereits vier potentiell interessierte Netzbetreiber, mit denen man in engem Kontakt stehe. Ein Backbone-Netz sei die Grundvoraussetzung für ein flächenmäßiges ftth. Ein Backbone-Netz alleine sei in der Tat nicht ausreichend. Zusätzlich werde der Ausbau einzelner Ortsnetze notwendig.

Stadtrat Vogel wolle wissen, warum der Oberbürgermeister alleine Satzungsänderungen vornehmen könne. Zudem fragt er, ob die Stadt Lörrach die finanzielle Gesamtverantwortung übernehmen müsse, wenn der Zweckverband an seine Leistungsgrenzen stoße.

Herr Kempf erklärt, dass der Oberbürgermeister lediglich unwesentliche Satzungsänderungen ohne ein Votum des Gemeinderats durchführen könne. Unwesentlich seien beispielsweise kleine redaktionelle Anpassungen und Änderungen. Dies sei vom Regierungspräsidium ausdrücklich gewünscht worden. Der Ausbau der Ortsnetze müsse immer von der jeweiligen Gemeinde betrieben werden. Diese müsse eingreifen, wenn ein Marktversagen vorliegt.

Stadtrat Vogel wolle wissen, ob man Bundeszuschüsse abrufen könne.

Herr Kempf gibt an, dass in den Landesförderrichtlinien auch Bundeszuschüsse enthalten seien.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat befürwortet die Gründung des „Zweckverband Breitbandversorgung Landkreis Lörrach“ und beschließt den Beitritt.
2. Der Gemeinderat stimmt dem in der Anlage beigefügten Entwurf der Zweckverbandssatzung zu.
3. Der Gemeinderat ermächtigt den Oberbürgermeister, sich eventuell noch ergebenden unwesentlichen Änderungen an der Satzung zuzustimmen.
4. Der Gemeinderat beschließt die Gewährung des einmaligen Gründungszuschuss in Höhe von 5.000 €, der bei Beitritt zum Zweckverband fällig wird.
5. Der Gemeinderat beschließt die Bereitstellung des Stammkapitals in Höhe von 15.000 €.

TOP 5

Freiwillige Feuerwehr; Wahl der stellvertretenden Abteilungskommandanten der Abteilung Lörrach

Vorlage: 083/2015

Die Stadträte Escher, Simon und Vogel sowie Stadträtin Kurfeß stimmen im Namen ihrer Fraktionen dem Beschlussvorschlag zu.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Wahl von Klaus Betting und Oliver Geyer zu Stellvertretern des Abteilungskommandanten der Abteilung Lörrach wird zugestimmt.

TOP 6

Volkshochschule Lörrach / Erhöhung der Dozentenonorare und Pauschalierung Aufwandsentschädigung für die Dieter-Kaltenbach-Stiftung Vorlage: 096/2015

Der Vorsitzende stellt das Anliegen der Beschlussvorlage vor. Auf seine Nachfrage verzichtet der Gemeinderat auf eine nochmalige Erläuterung.

Die Stadträtinnen Höfler, Gula und Kurfeß sowie Stadtrat Claassen erklären im Namen ihrer Fraktionen die Zustimmung zur Vorlage und loben die Arbeit der Volkshochschule. Es wird angemerkt, dass trotz der Erhöhung die Dozentenonorare niedrig seien. Stadträtin Gula mutmaßt, dass die Volkshochschule künftig verstärkt mit Sprachkursen gefordert werde. Von Stadträtin Kurfeß wird angeregt, bei einer künftigen Erhöhung zusätzlich zum Landeszuschuss auch städtische Mittel anzusetzen.

Der Vorsitzende bitte den anwesenden Leiter der Volkshochschule, Herrn Rulf, den Dank für die geleistete Arbeit allen Dozenten auszurichten.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig folgenden Beschluss:

1. Der Gemeinderat stimmt einer Erhöhung der Vergütung für die Kursleiterinnen und Kursleiter der Volkshochschule Lörrach mit den Außenstellen in Brombach und Haagen/Hauingen sowie den Angeboten in der Dieter-Kaltenbach-Stiftung zum Herbstsemester 2015 von jetzt 20,00 Euro (45 Minuten) bzw. 26,50 Euro (60 Minuten) auf zukünftig 22,50 Euro bzw. 30,00 Euro zu.

Die Entgelt- und Honorarordnung (Anlage 1 der Vorlage) wird entsprechend angepasst.

2. Die Aufwandsentschädigung für das von der Dieter-Kaltenbach-Stiftung angebotene Kursprogramm wird wie in der Vorlage dargestellt pauschaliert.

TOP 7

Bebauungsplan "Entenbad-Ost" öffentlich-rechtliche Vereinbarung über Ausgleichsmaßnahmen Vorlage: 069/2015

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Angesichts der Vorberatung im Hauptausschuss verzichtet der Gemeinderat auf eine nochmalige Erläuterung des Sachverhalts.

Die Stadträte Escher, Schlecht und Claassen sowie Stadträtin Kurfeß stimmen der Vorlage im Namen ihrer Fraktion zu.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung wird zugestimmt.

TOP 8

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Entenbad-Ost"

- Satzungsbeschluss

Vorlage: 070/2015

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor. Angesichts der Vorberatung im Hauptausschuss verzichtet der Gemeinderat auf eine nochmalige Erläuterung des Sachverhalts.

Die Stadträte Escher, Schlecht und Claassen sowie Stadträtin Kurfeß stimmen der Vorlage im Namen ihrer Fraktion zu.

Der Gemeinderat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange vorgebrachten Stellungnahmen werden nach Abwägung der öffentlichen Belange untereinander gemäß der Beschlussvorlage entschieden.
2. Der Gemeinderat beschließt gemäß § 10 BauGB i. V. m. § 74 LBO den Bebauungsplan „Entenbad-Ost“ als Satzung.

TOP 9

Bebauungsplanverfahren „Hugenmatt IV – Gewerbe“

einschließlich zugehöriger Örtlicher Bauvorschriften

- Bericht zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit

- Beschluss zur Offenlage

Vorlage: 055/2015

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor.

Auf Wunsch des Gremiums veranschaulicht komm. Fachbereichsleiter Haasis den Schattwurf der Gebäude. Der Vorsitzende ergänzt, dass lediglich die Randzeiten relevant seien.

Die Stadträte Escher und Schlecht stimmen im Namen ihrer Fraktion dem Vorhaben zu.

Stadträtin Herzog zeigt sich einerseits froh, dass das bereits ansässige Unternehmen erweiteren und kein Leerstand herrsche, andererseits hätte eine frühzeitigere Prüfung hin-

sichtlich der Unterbringung kleiner Gewerbebetriebe stattfinden sollen. Zudem werde der Bau im Ort für zu massiv angesehen.

Stadträtin Kurfeß merkt an, dass mit dem heutigen Beschluss zunächst in die Offenlage gegangen werde.

Der Vorsitzende stellt dar, dass ein Grüngürtel zwischen Gewerbebebauung und der Wohnbebauung die Situation abmildere. Mit der Maßnahme werde ein in Brombach ansässiges Unternehmen unterstützt.

Sodann fasst der Gemeinderat einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Vom Bericht über die frühzeitigen Beteiligungsverfahren wird Kenntnis genommen.
2. Dem Entwurf zur Offenlage wird zugestimmt.
3. Der Entwurf des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften „Hugenmatt IV – Gewerbe“ ist gemäß § 3 Absatz 2 und § 4 Absatz 2 BauGB bzw. § 74 LBO BW offen zu legen.

TOP 10

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften "Belist"

- Beschluss Offenlage

Vorlage: 084/2015

Der Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt vor und spricht die Diskussion über die Bebauungsdichte des Plangebiets Belist an. Er erklärt, dass sich seit der Ausschreibung an der Dichte von 220 Wohneinheiten nichts geändert habe und lediglich die Art der Bebauung angepasst wurde. Bei jedem Baugebiet müssten die individuelle Situation der Umgebung, Erschließung und die Potentiale beleuchtet werden.

Stadträtin Krämer erklärt die Zustimmung der CDU-Fraktion. Durch die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit sei ein gutes Ergebnis erreicht worden.

Stadtrat Simon teilt mit, dass ein gutes und im Ortsteil Haagen akzeptiertes Baugebiet entworfen wurde. Anregungen und Bedenken seien in die Planung eingeflossen, so dass von einer Bürgerbeteiligung aus dem Lehrbuch gesprochen werden könne. Er berichtet zudem von der Zustimmung des Haagener Ortschaftsrates.

Stadtrat Claassen begrüßt die verbesserte Planung. Es müsse das gesamte Umfeld des Bereichs Belist gesehen und nicht mit anderen Baugebieten verglichen werden.

Stadträtin Kurfeß pflichtet bei, dass eine gute Sache nach den vom Gemeinderat gesetzten Voraussetzungen herausgekommen sei. Gleichwohl müsse der große Bedarf an Mietwohnungen sowie die schwierige Unterbringungssituation von Asylbewerbern gese-

hen werden. Ihrer Ansicht nach hätte der Bereich daher mehrgeschossig und verdichteter bebaut werden können. Sie werde der Vorlage aber dennoch zustimmen.

Stadträtin Gula weist darauf hin, dass im Gebiet Belist auch einige mehrgeschossige Gebäude vorgesehen seien und Bürgerbeteiligung nur Sinn mache, wenn die vorgetragenen Bedenken oder Einwände auch ernst genommen würden. Hier sei eine gelungene Beteiligung der Bürgerschaft erfolgt.

Stadtrat Vogel merkt an, dass entsprechend der örtlichen Gegebenheiten geplant worden sei.

Stadtrat Di Prima hält die Vorlage grundsätzlich für begrüßenswert, teilt jedoch die Bedenken von Stadträtin Kurfeß. Er sieht in der Planung eine vertane Chance für einen mehrgeschossigen Mietwohnungsbau und werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

Stadtrat Lusche unterstützt die erfolgte Beteiligung der Bürger und die Einbindung des Wohnumfelds. Die Diskussion zur Wohnraumsituation werde das Gremium an anderer Stelle fortsetzen können.

Stadtrat Berg gibt zu bedenken, dass die künftigen Bewohner des Bereichs Belist noch nicht bekannt seien und daher lediglich die derzeitigen Anwohner in das Beteiligungsverfahren eingebunden werden konnten.

Bürgermeister Dr. Wilke verdeutlicht, dass der Ortsteil Haagen mit dem Baugebiet erheblich wachsen werde. Vor der Wettbewerbsausschreibung habe man die Möglichkeiten der Gebäudegrößen diskutiert. Die Planung habe sich von Termin zu Termin weiterentwickelt. Er sieht in der jetzigen Planung den bestmöglichen Kompromiss und eine gute Lösung für Haagen. Hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus seien die Wohnbau und die Bau-genossenschaft ebenfalls eingebunden.

Der Vorsitzende erteilt der Bürgerin Frau Völker aus der Zuhörerschaft das Wort.

Frau Völker erklärt, dass sie als Vertreterin der Interessensgemeinschaft spreche und der Erschließung des Baugebiets Belist positiv gegenüber stehe. Eine Bebauung solle so verträglich wie möglich stattfinden. Hinsichtlich der Verkehrsführung sowie der Gebäudeausrichtung für die Leitung der Kaltluftströme in nordöstliche Richtung sieht sie noch Diskussionsbedarf.

Der Vorsitzende dankt für die Wortmeldung und verspricht, dass im Offenlageverfahren auf die Punkte eingegangen werde. Des Weiteren weist er auf eine Korrektur der Beschlussvorlage dahingehend hin, dass im Bereich WA 9 die südliche Baugrenze um 1,50 m nach Süden verschoben werde. Mit dieser Maßgabe fasst der Gemeinderat einstimmig bei 1 Enthaltung folgenden Beschluss:

1. Der Geltungsbereich ist entsprechend dem Lageplan in Anlage 2 anzupassen.
2. Die Abwägung der eingegangenen Stellungnahmen erfolgt entsprechend dem Bericht zur frühzeitigen Beteiligung.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Offenlage nach § 3 (2) BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange nach § 4 (2) BauGB durchzuführen.
- 4. Die Baufenster im Bereich WA 9 sind um 1,50 Meter nach Süden zu vergrößern.**

TOP 11

Sanierungsgebiet "Teichstraße"

- Aufhebung der Sanierungssatzung gemäß § 162 BauGB

Vorlage: 085/2015

Aufgrund seiner Befangenheit nimmt Stadtrat Lusche für die Behandlung des Tagesordnungspunktes 11 im Zuhörerbereich Platz.

Stadträtin Höfler erklärt, dass die CDU-Fraktion der Vorlage mit Bedauern zustimmen werde. Sie erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach dem Sachstand der Villa Aichele.

Stadtrat Bernnat hält die Umschichtung der Mittel zum Sanierungsgebiet Baumgartnerstraße für sinnvoll. Er geht jedoch davon aus, dass die 900.000 EUR nicht ausreichen werden. Wichtig sei zudem, wo mit der Sanierung begonnen werde.

Stadtrat Pichlhöfer schließt sich seinen Vorrednern an. Er bittet, den sanierungsbedürftigen Bereich der Teichstraße nicht aus den Augen zu verlieren.

Auch Stadträtin Salinas de Huber stimmt der Beschlussvorlage zu. Des Weiteren erkundigt sie sich nach dem Sachstand der Studie zu den Modernisierungsmaßnahmen in der Belchenstraße.

Der Vorsitzende verdeutlicht, dass es noch des formalen Antrags zur Umschichtung der Mittel aus dem Sanierungsgebiet Teichstraße zum Sanierungsgebiet Baumgartnerstraße bedürfe.

Der Gemeinderat fasst hierauf einstimmig folgenden Beschluss:

1. Die Satzung der Stadt Lörrach über die Aufhebung des Sanierungsgebietes „Teichstraße“ gemäß Anlage 1 und 2 der Beschlussvorlage wird beschlossen.

2. Der Beschluss der Aufhebung der Sanierungssatzung wird ortsüblich bekannt gemacht
3. Die Sanierungsvermerke werden durch das Grundbuchamt gelöscht.

TOP 12

Erschließungsbeitrag für den Ausbau der Straßen im Baugebiet Talacker, Lörrach-Haagen

Vorlage: 106/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt, fasst der Gemeinderat einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Talackerweg, Flurstück Nr. 2451 sowie ein Teilbereich der Markgrafenstraße, Flurstück Nr. 2495 im Bereich des Baugebietes Talacker sind seit dem 21. April 2015 endgültig hergestellt. Beitragspflichtig sind die angrenzenden erschlossenen Grundstücke.

TOP 13

Hochwasserschutz Soormattbach in Lörrach – Hauingen

Vorlage: 113/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein und erinnert an das Hochwasser, zu dem es vor rund einem Jahr im Ortsteil Hauingen gekommen sei. Es habe damals große Niederschlagsmengen gegeben. Nun habe die Firma BIT-Ingenieure ein Konzept für ein Regenrückhaltebecken vorgelegt, um solche Hochwasser künftig zu verhindern. Zwar wolle man sich mit Investitionen, die noch nicht im Haushalt eingeplant seien, zurückhalten, jedoch sei die vorliegende Maßnahme absolut erforderlich.

Fachbereichsleiter Dullisch führt aus, dass man mit dem Soormattbach in Hauingen schon des Öfteren Probleme gehabt habe und es hier schon häufiger zu Hochwasservorfällen gekommen sei. Man müsse Gefahren für Leib und Leben künftig ausschließen können. Die Ortschaft müsse geschützt und das Problem behoben werden. Man müsse langfristige Lösungen angehen. Starke Regenfälle werde es in der Zukunft noch häufiger geben.

Stadtrat Lusche gibt an, dass der angesetzte Betrag von 1,6 Millionen Euro nur eine grobe Schätzung sei. Man müsse sich auf das verlassen können, was technisch möglich und auch notwendig ist. Die Maßnahme bedeute einen großen Eingriff in die örtliche Topografie, man dürfe jedoch nicht halbherzig agieren. Die Planungen sollten jetzt konkretisiert werden. Es sei zudem wichtig, Fördermittel für die Maßnahme zu akquirieren. Dies hätte bereits vor einem Einstieg in die Vorplanungen durchgeführt werden müssen. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so zustimmen.

Stadtrat Schlecht führt aus, dass dringender Handlungsbedarf bestehe. Der Soormattbach habe in der Vergangenheit für große Schäden gesorgt. Er begrüße die nun vorgelegten Planungen. Die Kosten der Maßnahme müssten klar dargelegt werden. Die Finanzierung müsse gesichert sein. Insgesamt müsse man sich auf die technischen Berechnungen verlassen können. Es dürfe keine so schwerwiegenden Hochwasser mehr geben.

Stadtrat Claassen sagt, dass man bereits im Jahr 2004 schon derartige Maßnahmen gegen Hochwasser beschlossen habe. Er hoffe, dass nach Umsetzung der vorliegenden Planung ein ausreichender Hochwasserschutz gewährleistet werden könne. Die Maßnahme sei zwar teuer, dafür aber absolut notwendig.

Stadtrat Berg erklärt, dass er die Vorlage kritisch bewerte. Die Maßnahme bedeute einen massiven Eingriff in die Landschaft. Das zeitliche und räumliche Zusammenkommen verschiedener Umstände beim Hochwasser im Jahr 2014 sei nicht berücksichtigt worden. Die Vorlage zeige indes keine Alternativen auf.

Bürgermeister Dr. Wilke merkt an, dass es schlecht sei, wenn man nicht handle und wenn man handle, sei es auch schlecht. Die Unwetterlagen würden immer weniger vorhersehbar und immer spezieller werden. Man versuche auch Fördermittel zu generieren. Nachdem der Bericht zur Voruntersuchung erstellt wurde und es einen Lösungsansatz gebe, habe man die Grundstückseigentümer angeschrieben, um Möglichkeiten des Kaufs des Geländes abzufragen. Die Bereitschaft der Grundstückseigentümer, für die Maßnahme ihre Grundstücke zu veräußern, sei relativ groß gewesen. Eventuell kämen auch Grundstückstausche in Frage. Der Gemeinderat entscheide heute über die Kenntnisnahme des Abschlussberichts und die weitere Beauftragung einer Vorentwurfsplanung / Entwurfsplanung. Wenn diese stehe, könne die Verwaltung die Akquise von Fördergeldern angehen. Die Themen Natur- und Landschaftsschutz seien in diesem Zusammenhang natürlich auch von Bedeutung. Belastbare Zahlen zu den Kosten der Maßnahme wolle man dann zu den Haushaltsberatungen vorlegen.

Stadtrat Böhringer tut kund, dass das Hochwasser im Jahr 2014 schlimm gewesen sei und man dringend etwas gegen weitere Hochwasser unternehmen müsse. Die Vorlage sei jedoch keine gute Lösung. Er moniert, dass keine Handlungsalternative zu dem Regenrückhaltebecken aufgezeigt worden sei. Das Wasser könne auch von anderer Stelle in die Ortschaft hinabfließen. Es werde grundsätzlich von falschen Voraussetzungen ausgegangen. Herr Neff von der Firma BIT-Ingenieure sei bei dem Hochwasser überhaupt nicht vor Ort gewesen. Nun solle das Tal unwiederbringlich verändert werden, was er eindeutig ablehne. Der Eingriff in die Landschaft werde massiv. Er wehre sich dagegen, dass man die Ökologie nachhaltig und irreversibel beschädige. Er bezweifle die Zunahme der Niederschlagsmenge und Niederschlagshäufigkeit. Die Röhre, die das Wasser hätte ableiten sollen, sei verstopft gewesen. Er habe es selbst gesehen, da er als einer der ersten Feuerwehrleute vor Ort gewesen sei. Als die Röhre wieder frei war, sei das Wasser in wenigen Sekunden abgelaufen. Er bittet darum, nochmals nach Alternativen zu suchen. Die Maßnahme koste sehr viel Geld und werde deutlich teurer, als bisher geplant. Dieses Geld könne man weitaus sinnvoller einsetzen. Er bittet um eine erneute Planung. Er wolle der Vorlage nicht zustimmen.

Der Gemeinderat trifft sodann, bei 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen, mehrheitlich den folgenden Beschluss:

1. Der Abschlussbericht der Voruntersuchung des Büro Bit Ingenieure wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Vorentwurfsplanung und die Entwurfsplanung für das Hochwasserregenrückhaltebecken an ein Ingenieurbüro zu vergeben.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Haushaltsmittel für die Herstellung eines Hochwasserregenrückhaltebeckens für die Haushaltsjahre 2016 / 2017 anzumelden.

TOP 14

Mitgliedschaft beim VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.)

Vorlage: 099/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Stadtrat Escher signalisiert die Zustimmung der Fraktion der CDU. Zwar sei die CDU-Fraktion bei weiteren Mitgliedschaften grundsätzlich skeptisch, jedoch halte sie diese Mitgliedschaft für durchaus sinnvoll.

Stadtrat Böhringer gibt an, dass die Fraktion der SPD der Vorlage so zustimmen wolle.

Stadtrat Claassen erklärt, dass die Fraktion der Freien Wähler der Vorlage zustimmen wolle. Er warte jedoch noch immer auf eine Auflistung aller Mitgliedschaften der Stadt.

Stadträtin Wiesiollek zeigt die Zustimmung der Fraktion der Grünen an.

Der Gemeinderat fasst sodann einstimmig den folgenden Beschluss:

1. Der probeweisen Mitgliedschaft der Stadtwerke Lörrach beim VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen e.V.) ab dem 01.10.2015 wird zugestimmt.
2. Im Jahr 2018 wird über die dauerhafte Mitgliedschaft im VDV endgültig entschieden.
3. Der jährliche Mitgliedsbeitrag (gem. nachfolgender Aufstellung) ist über den Eigenbetrieb Stadtwerke zu finanzieren

TOP 15

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

15.1

Der Vorsitzende informiert, dass auf das Grillfest im Anschluss an die Juli-Gemeinderatssitzung verzichtet werde. Als Ersatz werde es eine gesonderte Veranstaltung voraussichtlich am 12. Oktober 2015 geben.

15.2

Der Vorsitzende weist auf das bewährte Verfahren hin, dass er über Bauvorhaben in der sitzungsfreien Sommerpause entscheide und hierüber im Hauptausschuss im September berichten werde. Der Gemeinderat ist mit dem Vorgehen einverstanden.

15.3

Frau Hach vom Verein Lörrach International e.V. richtet dem Gemeinderat Grüße des Bürgermeisters von Senigallia aus und wirbt für die Teilnahme an der Reise vom 17. bis 20. September 2015 in die italienische Partnerstadt.

15.4

Der Vorsitzende verweist auf die Nachfrage zur Villa Aichele und auf den Gemeinderatsbeschluss über die Erstellung eines Raumkonzepts für verschiedene Träger in der Kinder-, Jugend- und Kulturarbeit. Dieses gelte es abzuwarten. Temporär sei eine private Nutzung des Obergeschosses der Villa möglich.

15.5

Bürgermeister Dr. Wilke informiert, dass im Herbst eine Beschlussvorlage zum weiteren Vorgehen der Sanierung Aicheleknoten/Baumgartnerstraße vorgelegt werde.

TOP 16

Allgemeine Anfragen

16.1

Stadtrat Pichlhöfer weist darauf hin, dass der Straßenbelag der Tumringer Brücke in einem schlechten Zustand sei.

16.2

Auf Nachfrage von Stadtrat Pichlhöfer bestätigt Bürgermeister Dr. Wilke, dass das Thema des Tumringer Friedhofs demnächst im Ausschuss behandelt werde.

16.3

Stadtrat Pichlhöfer spricht die Sparkassenfiliale in Tumringen an, die demnächst lediglich noch mit Automaten ausgestattet sein werde. Angesichts der Größe des Stadtteils könne er dies nicht nachvollziehen.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Sparkasse die Geschäftsvorfälle erhoben habe und zum Geldabheben eine Ausstattung mit Automaten ausreiche. Für die weiteren Dienstleistungen stünde die Sparkasse in der Innenstadt zur Verfügung.

16.4

Stadtrat Pichlhöfer verweist auf die Schließung der Postagentur in Tumringen und bittet, nach einer Lösung zu suchen.

Der Vorsitzende berichtet, dass Tumringen ein Pflichtstandort für eine Postagentur sei und die Suche nach einem geeigneten Partner laufe.

16.5

Stadtrat Claassen schlägt vor, dass die Fußgängerzone in der Turmstraße durch Palmen und Bänke besser kenntlich gemacht werden sollte.

Bürgermeister Dr. Wilke verweist auf den Beschluss auf Initiative der CDU-Fraktion, bisweilen keine baulichen Maßnahmen in dem Bereich zu ergreifen.

Die CDU-Fraktion erklärt, dass gegen den Vorschlag von Stadtrat Claassen keine Bedenken gesehen werden.

16.6

Stadträtin Cyperrek stellt im Namen der Fraktionen der CDU, SPD und Freien Wähler einen interfraktionellen Antrag zur Optimierung des Kreuzungspunktes Hasenloch (Anlage 3).

16.7

Stadtrat Glattacker beantragt im Namen der CDU-Fraktion, eine grenzüberschreitende Weiterführung der Schweizer Buslinie 34 nach Lörrach zu prüfen (Anlage 4).

16.8

Auf Nachfrage von Stadtrat Glattacker informiert Bürgermeister Dr. Wilke, dass hinsichtlich des Hebelparks ein Vorschlag im Herbst unterbreitet und in diesem Jahr noch begonnen werden könne.

TOP 17
Fragestunde der Bürger

keine

TOP 18
Offenlegungen

Der Gemeinderat nimmt von nachstehender Offenlegung Kenntnis:

18.1 Schreiben von OB Lutz an den FV Lörrach-Brombach wegen der Gewährung einer Bürgschaft

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:
gez. Lutz

Urkundspersonen:
gez. Krämer / Bernnat

Schriftführung:
gez. Heinze / Ockenfuß